

**Fragen zur österreichischen Rohstoffpolitik
an die bei der Nationalratswahl 2019 österreichweit kandidierenden Parteien**

Die kompletten Antworten im Wortlaut

(Parteien gereiht nach Wahlergebnis bei der NR-Wahl 2017)

Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei	ÖVP
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ
NEOS – Das Neue Österreich	NEOS
JETZT – Liste Pilz	JETZT
Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige	KPÖ
Die Grünen – Die Grüne Alternative	GRÜNE
Wandel – Aufbruch in ein gemeinwohlorientiertes Morgen mit guter Arbeit, leistbarem Wohnen und radikaler Klimapolitik. Es gibt viel zu gewinnen.	WANDL

Thema 1:

Verantwortung für den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt in globalen Lieferketten übernehmen.

Frage 1:

Sind Sie dafür, im Zuge der Neuformulierung der Österreichischen Rohstoffstrategie auch die Themen Menschenrechte, entwicklungspolitische Kohärenz, globale Gerechtigkeit, Transparenz, Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit und Umweltschutz effektiv zu integrieren?

ÖVP

Grundsätzlich stellt die weltweite Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven, fairer Arbeitsbedingungen und breiter gesellschaftlicher Teilhabe ein wichtiges langfristiges Ziel unserer Politik insbesondere gegenüber wirtschaftlich schlechter entwickelten Ländern dar.

Dabei muss klar sein, dass Hilfe vor Ort mehr ist als Entwicklungspolitik. Besonders zur weltweiten Wahrung der Menschenrechte müssen alle Teile der Gesellschaft ihren Beitrag leisten. Bei der vielfältigen Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Menschenrechten stehen wir grundsätzlich für einen auf Konsens aufbauenden Zugang, der sich auf unsere lange österreichische Tradition beim weltweiten Schutz der Menschenrechte stützt. Vor dem Hintergrund der weit verzweigten Wechselbeziehungen unterschiedlicher Politikbereiche ist die Verankerung unseres Zugangs in einer umfassenden kohärenten Strategie grundsätzlich zu befürworten.

Zudem gibt es in diesem Bereich bereits erste internationale Ansätze, auf denen man aufbauen kann. So stellen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eines der wichtigsten und umfassendsten internationalen Instrumente zur Förderung von verantwortlichem unternehmerischen Handeln dar. Zahlreiche OECD-Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten haben sich bereits völkerrechtlich verpflichtet, diese Grundsätze und Maßstäbe zu fördern und umzusetzen. Bei der Überarbeitung der OECD-Leitsätze im Jahr 2011 wurde ein Menschenrechtskapitel in die Leitsätze integriert. Dieses steht vollkommen im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

Viele Unternehmen haben im Rahmen ihrer CSR-/Nachhaltigkeitsstrategien bereits Maßnahmen zur Umsetzung und Implementierung der entsprechenden UN-Leitprinzipien und OECD-Leitsätze getroffen. Diese positive Entwicklung wollen wir verstärken und uns auch weiterhin für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen einsetzen.

Beim Schutz von Menschenrechten in der Wirtschaft ist jedenfalls die genaue Analyse und Prüfung der Produktions- und Lieferketten nach möglichen Menschenrechtsverletzungen wesentlich. Bei der Umsetzung dieser Idee ginge es zunächst darum, zu entscheiden, in welchen Bereichen und Sektoren hier verpflichtende Regelungen notwendig und sinnvoll sind. Klar ist jedenfalls, dass die etwaige Festlegung von verpflichtenden Regelungen international möglichst einheitlich erfolgen und umgesetzt werden sollte, um gleiche Spielregeln für alle Unternehmen zu schaffen und einseitige Wettbewerbsnachteile zu verhindern.

Außerdem müssen Regelungen klar formuliert, im Rahmen der allgemeinen unternehmerischen Sorgfaltspflichten in der Praxis unbürokratisch erfüllbar sein und ihre Tragweite muss klar erkennbar sein. Aus unserer Sicht die bevorzugte Variante, um Regelungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte durchzusetzen, ist der Abschluss entsprechender Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten. So sehen die jüngsten EU-Abkommen im Bereich Handel ein umfassendes Nachhaltigkeitskapitel vor, um die Themen Arbeits- und Umweltstandards entsprechend zu fördern. Für uns ist wesentlich, dass diesbezügliche Verpflichtungen auch von allen Vertragsparteien konsequent eingehalten werden. Dies muss vor allem auch in Kooperation mit der Zivilgesellschaft passieren.

Abgesehen davon sollten wir Unternehmen, die sich beim Schutz der Menschenrechte besonders engagiert zeigen und ihrer Verantwortung nachkommen, wirksam dabei unterstützen, indem Informationen zur Menschenrechtslage in Drittstaaten durch österreichische Botschaften und Außenwirtschaftscenter zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich ist klar: Was für private Unternehmen gilt, muss im besonderen Ausmaß auch für öffentliche bzw. öffentlich finanzierte Unternehmen und Projekte gelten. So hat auch die Bundesbeschaffungsgesellschaft darauf zu achten, dass ihre Entscheidungen weder Menschenrechtsverletzungen, noch Schäden gegenüber Umwelt und Klima hervorrufen – gleich ob diese direkte oder indirekte Folge ihrer Tätigkeit sind.

SPÖ

Ja. Im Zuge der Neuformulierung der österreichischen Rohstoffstrategie sind diese Themen ebenso essenziell wie bei vielen anderen Gelegenheiten – etwa bei Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, bei öffentlichen Ausschreibungen oder in der Außen- und Wirtschaftspolitik generell. Darauf werden wir SozialdemokratInnen auch vehement hinweisen und uns dafür einsetzen.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Ja, die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards ist bei der Gewinnung, beim Handel sowie auch bei der Verarbeitung von Rohstoffen unabdingbar und wir NEOS werden das auch auf nationaler und europäischer Ebene einfordern. Gleichzeitig gilt es auch Konzepte und Innovationen zu fördern, die die Wiederverwendung von Rohstoffen forcieren.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Wir unterstützen die Forderung nach einer neuen Rohstoffpolitik, die ökologisch-nachhaltig, und global gerecht ist, entwicklungspolitisch lokale Entwicklung fördert, die zur Wahrung der Menschenrechte und dem Schutz von ArbeiterInnen in der gesamten Wertschöpfungskette verpflichtet. Dazu braucht es auch einen grundlegenden Wandel in der Handelspolitik der EU.

GRÜNE

Ja. Ganz egal ob Rohstoffabbau, Kleidungsproduktion oder Nahrungsmittelspekulation – österreichische und europäische Unternehmen erwirtschaften hohe Profite auf dem Rücken der Ärmsten. Wir kämpfen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die wirtschaftliches Handeln mit sozialer Verantwortung und ökologischen Notwendigkeiten versöhnt. Dazu braucht es aber nicht nur eine österreichische, sondern auch eine europäische Rohstoffstrategie. Die bisherige EU-Rohstoffstrategie setzt vor allem auf billigen Rohstoffimport. Rohstoffabbau geht manchmal auch mit Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung einher. Wir treten für faire Rohstoffpartnerschaften und eine deutliche Einsparung des Rohstoffverbrauchs ein, sowie für eine effiziente und nachhaltige Nutzung bei uns in Europa. Darüber hinaus setzen wir uns für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen ein und fordern transparente Verfahren, die auch gegen Korruption und Steuerflucht wirken. Wir wollen die EU und Österreich zu Vorreitern für nachhaltiges Ressourcenmanagement auf internationaler Ebene machen. Statt Entwicklungsländer als billige

Rohstofflieferanten zu betrachten, gilt es, sie bei der schonenden Nutzung ihres Rohstoffreichtums zu unterstützen.

WANDL

Ja. Das Ziel des Wandels ist das gute Leben für Alle - die kontinuierliche Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen, in Österreich und weltweit. Dazu zählt natürlich auch der Schutz der Umwelt und unserer wertvollen natürlichen Ressourcen. Ein unreguliertes Wirtschaftssystem, das kurzfristige Gewinnmaximierung auf Kosten von Umwelt, Frieden und globaler Gerechtigkeit verfolgt, dient nur den Gewinninteressen großer Konzerne. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt stellt. Insofern steht der Wandel selbstverständlich für eine Österreichische Rohstoffstrategie, die Menschenrechte, entwicklungspolitische Kohärenz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit als oberste Ziele definiert.

Frage 2:

Unterstützen Sie einen Beitritt von öffentlichen Beschaffungsinstitutionen, wie der Bundesbeschaffungsgesellschaft, zur unabhängigen Monitoring-Organisation „Electronics Watch“, um die Lieferketten von der Elektronikgeräten transparenter zu gestalten und um Schutz von Menschenrechten und Umweltschutz effektiv einfordern zu können?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Ja. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt jegliche Schritte in Richtung einer transparenten Lieferkette, ebenso wie jede Initiative, die den Schutz von Menschenrechten und Umwelt stärkt. Darüber hinaus kämpfen wir dafür, dass ausgegliederte Institutionen wie die Bundesbeschaffungsgesellschaft völlig dem parlamentarischen Interpellationsrecht unterliegen und parlamentarische Anfragen zu Beschaffungskriterien beantwortet werden müssen, was in letzter Zeit nicht immer der Fall war.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Ja, denn Transparenz und Kontrolle sind wesentliche Voraussetzungen um Standards durchzusetzen.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Die NGO „Electronic Watch“ ermöglicht eine faire Beschaffung. Die öffentliche Hand kann und soll bei der Beschaffung auf von Elektronikgeräten Verantwortung übernehmen.

GRÜNE

Ja. Besonders der öffentliche Bereich muss in seiner Beschaffungspolitik auf nachhaltige und sozial gerechte Produktion und Verarbeitung von Rohstoffen achten und diese Kriterien transparent und sicher neben dem Bestpreisprinzip verankern.

WANDL

Ja. Der Wandel steht für radikale Transparenz in Politik und Wirtschaft - nur so ist eine Demokratisierung dieser Bereiche möglich. Wir stehen außerdem für eine ganzheitliche Betrachtung von Produktionsprozessen, in der nicht nur der Preis - und daher der Profit - sondern auch die Auswirkungen auf die Umwelt, sowie auf Arbeitnehmer/innen ausschlaggebend sind. Insofern tritt der Wandel dafür ein, bei der öffentlichen Beschaffung verstärkt auf Arbeitnehmer/innenrechte (und Entlohnung), sowie auf die Umweltverträglichkeit zu achten, und diese Informationen im Sinne der Transparenz zu veröffentlichen. Internationale Expertise in diesem Bereich ist hier sicher sinnvoll!

Frage 3: Sind Sie für die gesetzlich verbindliche Verankerung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für globale Lieferketten auf österreichischer und europäischer Ebene?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Ja. Aus diesem Grund hat die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion einen Gesetzesantrag im Nationalrat – das Sozialverantwortungsgesetz – eingebracht, der leider bis heute keine Mehrheit fand. Auch die SozialdemokratInnen im EU-Parlament kämpften bereits in der Vergangenheit dafür, dass die Verantwortlichkeit für die Achtung der Menschenrechte in verbindliche gesetzliche Vorgaben, für Unternehmen und ihre Geschäfts- oder Privatkunden und Zulieferer, aufzunehmen sind. Wir werden den Kampf um eine verbindliche Verankerung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für globale Lieferketten nicht aufgeben und auch in der nächsten Gesetzgebungsperiode versuchen, eine Mehrheit für unsere Position zu finden.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Ja. Zusätzlich fordern wir auch einen europäischen CO₂-Grenzausgleich um auch den Klimaschutz zu forcieren.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Wir sind für die Schaffung rechtsverbindlicher Verpflichtungen und eine konsequente Umsetzung bestehender Verordnungen.

GRÜNE

Ja. Wir wollen Unternehmen gesetzlich verpflichten, Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten zu schaffen, und unterstützen die Bemühungen auf EU-Ebene, insbesondere des Europäischen Parlaments, die sozialen, ökologischen sowie ihre ArbeitnehmerInnen betreffenden Offenlegungspflichten für international tätige Großunternehmen zu verschärfen. Wir streben an, eine EU-Beschwerdestelle einzurichten, die auch Menschen außerhalb der EU anrufen können, wenn europäische Politiken und in Europa ansässige Unternehmen sowie deren Tochterunternehmen und Zulieferer bei ihnen Schaden anrichten. Zudem wollen wir den Zugang von Fair-Trade-Produkten zum EU-Markt fördern und einer fairen und ökologischen Beschaffung den Vorrang geben. Die in der EU maßgeblich von uns Grünen auf den Weg gebrachten Offenlegungspflichten für Unternehmen im Rohstoffbereich müssen auf alle Geschäftsbereiche ausgedehnt und um Kriterien für den Nachweis von Konfliktmineralien ergänzt werden.

WANDL

Ja. Der Wandel steht für eine Wirtschaft, die dem Allgemeinwohl dient. Solange große Konzerne durch die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur den Markt mit vordergründig billigen Waren und Dienstleistungen überschwemmen, ist fairer Wettbewerb unmöglich. Deshalb wollen wir, dass versteckte soziale und ökologische Kosten der Wirtschaft radikal offengelegt werden und sich in Preisen und Regulierungen widerspiegeln. Das gilt natürlich auch für eine demokratische und nachhaltige Handelspolitik: der Wandel tritt dafür ein, dass menschen- und arbeitsrechtliche Standards in internationalen Handelsabkommen festgeschrieben werden. Dies wird Wettbewerbshemmnisse für Unternehmen beseitigen, die bereits nachhaltig wirtschaften und ihre Mitarbeiter/innen an ihrem Erfolg beteiligen anstatt sie auszubeuten, und erst die eigentliche Innovationskraft der Wirtschaft entfesseln.

Frage 4: Sind Sie dafür, dass Österreich sich offensiv und aktiv an der Erarbeitung und der Umsetzung eines verbindliches UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty) beteiligt, wie es derzeit in Genf verhandelt wird?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Ja. Es darf nicht sein, dass Konzerne die Rechte von Menschen verletzen, die Umwelt ausbeuten und dabei große Profite machen. Initiativen, die Konzerne rechtlich verbindlich dazu bringen, die Sorgfaltspflichten einzuhalten, wurden von der vorigen türkis-blauen Regierung bisher weder auf nationaler oder auf EU-, noch auf UN-Ebene unterstützt. Ein Umdenken bzw. eine Einsicht ist hier nötig. Die SPÖ hat die fehlenden Handlungen der Regierung mehrmals kritisiert und sie aufgefordert sich konstruktiv im Sinne der Menschenrechte einzubringen, nachdem es erstmals eine Arbeitsgruppe im UN-Menschenrechtsrat gibt, die ein rechtlich verbindliches Instrument ausarbeitet, das Straflosigkeit bei Verbrechen von Unternehmen unterbindet. Wir haben als SPÖ dazu auch für September einen Austausch aller Stakeholder mitinitiiert und sind auf die Positionierungen der einzelnen Ministerien und Institutionen gespannt.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Ja, wir wünschen uns, dass Österreich bei der Gewährleistung von Sozial- und Umweltstandards eine internationale Vorreiterrolle einnimmt.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. In Zeiten transnationaler Wertschöpfungsketten kann eine echte und nachhaltige Regulierung eben nur da ansetzen wo die Entscheidungen getroffen werden: jenseits der Nationalstaaten. Und da hilft ein solcher transnationaler Vertrag, der auch Pflichten für multinationale Unternehmen entstehen lassen würde. Die EU muss hier ihre Blockadehaltung aufgeben. Es geht darum auch die Arbeitsrechte zu globalisieren.

GRÜNE

Ja. Österreich muss in Sachen Nachhaltigkeit und Menschenrechte wieder zu den Vorreitern in Europa gehören und sollte sich daher in diesem Prozess für den größtmöglichen Schutz von Menschen und Umwelt im internationalen Handel, besonders mit Rohstoffen, einsetzen.

WANDL

Ja. Der Wandel steht für einen radikalen Wandel unseres Wirtschaftssystems - für eine Welt, in der Märkte für die Bedürfnisse der Menschen arbeiten, und nicht umgekehrt. Dafür ist auch eine Änderung in der Besitzstruktur von Konzernen sowie eine Demokratisierung ihrer Strukturen und Entscheidungen notwendig - wir brauchen globale Antimonopolgesetze und effektive, transnationale Steuergesetze, die verhindern, dass globale Konzerne aufgrund ihrer Größe und außerhalb unserer demokratischen Strukturen Macht erlangen und ausüben. Daher ist der Wandel klar für ein verbindliches UN-Abkommen, das Konzerne für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zur Rechenschaft zieht - dies ist jedoch nur der erste Schritt in Richtung eines demokratischen und nachhaltigen Wirtschaftssystems.

Thema 2:

Rohstoffverbrauch reduzieren und Übergang zu einer echten Kreislaufwirtschaft

Frage 1: Würden Sie Gesetzesvorschläge für Maßnahmen zur Forcierung einer echten Kreislaufwirtschaft einbringen bzw. unterstützen, die etwa Anreize wie Steuerreduktionen auf Reparaturen enthalten, wie das in Schweden schon der Fall ist?

ÖVP

Wirksamer Umweltschutz muss auch von einem ehrlichen Respekt vor der Schöpfung und den vorhandenen Ressourcen und Rohstoffen getragen sein. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte hat uns viel Gutes gebracht: Gesundheit, Bildung und Wohlstand. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen,

immer mehr zu einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft zu werden. Jeder und jede von uns soll alles haben, was es zum Leben braucht. Niemand von uns soll aber unnötig verschwenden, nur weil es komfortabel ist.

Persönliche und politische Entscheidungen für zirkuläre Wirtschaftsmodelle, die im Sinne einer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit zur verstärkten Wiederverwendung, Reparatur und zu mehr Recycling mit Geräten des täglichen Lebens führen, sind ausdrücklich zu begrüßen. Das Verbot des nicht-abbaubaren Einweg-Plastiksackerls war hier ein wichtiger Schritt, weitere müssen aber folgen.

Nachhaltigkeit ist ein Grundsatz der Volkspartei. Daher bekennen wir uns auch ganz klar zur Kreislaufwirtschaft. Verschwendung soll in Österreich keine Zukunft haben. Positive Anreize zu setzen, damit noch benutzbare Produkte repariert und nicht einfach ausgetauscht werden, ist daher wesentlich.

SPÖ

Ja, einen entsprechenden Antrag wurde von der SPÖ bereits eingebracht. Der Antrag fordert, das heimische Reparaturgewerbe zu schützen und zu unterstützen (etwa in Form einer österreichweiten, flächendeckenden Reparaturförderung), sowie Anreize für Herstellung, Kauf und Instandsetzung langlebiger, hochqualitativer Produkte im Sinne von nachhaltigen Produktions- und Konsummustern der Agenda 2030 zu setzen.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Ja, derartige Maßnahmen sind sehr wichtig. Dementsprechend ist die Forcierung der Kreislaufwirtschaft und des Urban Mining seit Jahren ein Teil des NEOS-Programms und in unserer parlamentarischen Arbeit bereits abgebildet.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Wir wollen beispielsweise ein "Right to Repair" verankern: Produkte müssen mit Entwurfsplänen ausgestattet und so gestaltet sein, dass etwa Geräte leicht und leistungsfähig zu reparieren sind. Eine Reduktion der Umsatzsteuer auf Reparaturen befürworten wir. Initiativen wie beispielsweise Reparatur-Cafés, beispielsweise in sozialen Zentren, sollen gefördert werden.

GRÜNE

Wir können alle oben genannten Fragen mit einem deutlichen „Ja!“ beantworten. In unserer Vision einer Kreislaufwirtschaft werden Rohstoffe so lange wie nur irgendwie möglich im Wirtschaftskreislauf gehalten, anstatt nach einer kurzen Gebrauchsphase verbrannt oder deponiert zu werden. Wichtigster Orientierungspunkt ist die Abfallhierarchie, die durch die EU-Abfallrahmenrichtlinie (2008/98/EG) verbindlich festgelegt wurde und an der sich die Europäische Abfallpolitik sowie einzelne Maßnahmen ausrichten sollen. Demnach hat die Abfallvermeidung oberste Priorität, Vorbereitung zur Wiederverwendung (z.B. Reparatur) ist an zweiter und Recycling an dritter Stelle.

Allerdings wird diese Hierarchie in Österreich nicht eingehalten. Wir verbrennen zu viele Ressourcen anstatt sie zu recyceln (40% aller Siedlungsabfälle werden verbrannt) und wir beachten die zwei Top-Prioritäten viel zu wenig. Während das Abfallaufkommen (z.B. bei Verpackungen) immer weiter steigt, hat sich die Bundesregierung geweigert, wirkungsvolle Maßnahmen zur Abfallvermeidung zu beschließen und setzt stattdessen auf Freiwilligkeit. Unsere Vorschläge zielen darauf ab, Rahmenbedingungen gesetzlich zu verändern. Wir fordern daher u.a.:

- Förderung von Mehrwegverpackungen, insbesondere bei Getränkeverpackungen in Kombination mit der Einführung eines flächendeckenden Pfandsystems für Getränkeverpackungen (Grüne Anträge).
- Maßnahmen zur Verringerung von Lebensmittelabfällen (Grüner Antrag).
- Verbesserte (z.B. steuerliche) Rahmenbedingungen für Reparaturbetriebe sowie weitere Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensdauer von Produkten bzw. zur Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz (Grüner Antrag).
- Eine Ökosoziale Steuerreform, bei der umweltschädliche Produktions- und Verhaltensweisen teurer und Klimaschutz-kompatible und umweltfreundliche Produktionsweisen und Konsum billiger werden. Diese

ganze ökologische Umsteuerung soll also aufkommensneutral organisiert werden, so dass es insgesamt zu keiner (!) Steuererhöhung kommt.

Ziel ist, die Effizienz der Ressourcennutzung durch mehr Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling weiter auszubauen, begleitet durch Qualitätssicherung und technische Fortschritte. Der Übergang zur Kreislaufwirtschaft birgt große Vorteile für die Industrie. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft trägt zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung und damit zur industriellen Wertschöpfung bei. Sie ist daher nicht nur eine ökologische und ökonomische Notwendigkeit, sondern auch ein enormer Jobmotor. Aus diesen Gründen unterstützt auch die deutsche Industrie die Kreislaufwirtschaft. Die Europäische Union sieht in der Kreislaufwirtschaft bedeutende wirtschaftliche Vorteile im Sinne von Wachstum, Beschäftigung, der sozialpolitischen Agenda und industriellen Investitionen. Durch die Kreislaufwirtschaft können nachhaltige wirtschaftliche Gewinne erzielt und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Die größte Herausforderung für uns Grüne ist, dass die österreichische Industrie diese Chance wahrnimmt und sich nicht vor den Modernisierungen und Umgestaltungen verschließt. Die Kreislaufwirtschaft sollte in Österreich zügig und konsequent umgesetzt werden.

WANDL

Ja. Derzeit wird in Österreich Arbeit zu stark, Energie und natürliche Ressourcen zu gering belastet. Österreich setzt im EU-Vergleich bis dato nur geringfügig auf lenkende Effekte von Umweltsteuern. Neben der Abschaffung umweltschädlicher Subventionen gilt es daher, eine Ökologisierung des Steuersystems voranzutreiben und externe Kosten im Preis von Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Die Wiederverwertung von Waren, und Reparaturarbeiten die diese ermöglichen, schonen unsere natürlichen Ressourcen und die Umwelt, und haben daher positive Externalitäten. Reparaturarbeiten sollen daher steuerlich begünstigt und geplante Obsoleszenz mit massiven Strafen bedacht werden.. Zusätzlich würden Reparaturarbeiten auch von einer allgemeinen Lohnnebenkostensenkung, wie der Wandel sie fordert, profitieren.

Frage 2: Würden Sie Gesetzesvorschläge einbringen bzw. unterstützen, die geplante Obsoleszenz illegal macht, wie das in Frankreich schon der Fall ist?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Geplante Obsoleszenz gleicht einem Betrug an den KundInnen. Wir wollen deshalb die Gewährleistungspflicht ausbauen, um die Hersteller in die Verantwortung nehmen und festgelegte Mindesthaltbarkeit für bestimmte Produktgruppen.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Prinzipiell schon, allerdings müsste ein entsprechender Gesetzesentwurf sehr präzise sein um tatsächlich wirksam zu sein. Natürlich wäre eine längere Nutzung von technischen Produkten sehr wichtig und unnötig schneller Verfall muss vermieden werden. Inwieweit dieser Verschleiß allerdings tatsächlich bewusst eingebaut oder durch möglichst billige Teile einfach in Kauf genommen wird, ist nicht immer einwandfrei festzustellen.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Die Vermeidung unnötiger Produktion ist wesentlich zur Reduktion von Energie- und Rohstoffverbrauch. Strikte Maßnahmen gegen die absichtliche Reduktion der Lebensdauer von Produkten unterstützen wir.

GRÜNE

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

WANDL

Selbstverständlich. Geplante Obsoleszenz ist ein Beispiel der fehlgeleiteten Praktiken unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Sie dient alleine den Profitinteressen von Unternehmen und Konzernen, und verschwendet dabei natürliche Ressourcen und verursacht Unannehmlichkeiten und Kosten für Konsument/innen. Der Wandel fordert daher, dass geplante Obsoleszenz als Teil der Kostenwahrheit unterbunden wird: Garantiefrieten sollten gesetzlich ausgeweitet werden, damit Unternehmen einen Anreiz haben, dauerhafte Waren herzustellen. Wer dagegen verstößt muss auch mit unbedingten Haftstrafen rechnen. Gleichzeitig sollen Unternehmen verpflichtet werden, Altgeräte kostenfrei zurückzunehmen und fachgerecht zu entsorgen, was einen zusätzlichen Anreiz bieten würde, haltbare Waren herzustellen.

Frage 3: Würden Sie Gesetzesvorschläge einbringen bzw. unterstützen, die auf eine Senkung des (Primär-)Rohstoffverbrauch abzielen, etwa durch fiskalpolitische Maßnahmen (Rohstoffsteuer, Entlastung des Faktors Arbeit bei Reparatur, Instandhaltung, Renovierung etc.), um längere Produkt-, Infrastruktur- und Gebäudenutzung gegenüber Neukauf oder Neubau von Infrastruktur bzw. Gebäuden zu forcieren?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Neben der bereits beschriebenen Unterstützung des Reparaturgewerbes, braucht es vor allem im Bereich der Gebäude einen Mix aus ordnungspolitischen (Raum- und Bauordnungen) und finanziellen Maßnahmen um etwa den Leerstand und Flächenverbrauch einzudämmen.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Im Prinzip schon, derartige Gesetze müssten allerdings im Detail geprüft werden, da die Produktion sowie die Verarbeitung von Rohstoffen höchst unterschiedliche Umweltauswirkungen haben und auch sehr unterschiedlich angewendet werden. Wir haben aber bereits Gesetzesanträge eingebracht, die sowohl die Renovierung von Gebäuden, als auch die Aufwertung von Innenanlagen und Flächenrecycling forcieren und den Flächenfraß eindämmen würden.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja.

GRÜNE

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

WANDL

Der Wandel fordert Kostenwahrheit in der Wirtschaft -- eine Rohstoffsteuer ist Teil dieser Kostenwahrheit, da Rohstoffverbrauch durch Umweltschäden externe Kosten verursacht. Gleichzeitig sind wir dafür, dass Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) durch gezielte Förderungen weiter beschleunigt werden, vor allem auch im Wohnbau. Wie bereits erwähnt sollen wirtschaftliche Aktivitäten, die positive Umweltexternalitäten mit sich bringen - wie etwa Reparatur und Instandhaltung, die Rohstoffe schonen -- umgekehrt durch Subventionen gefördert werden.

Frage 4: Würden Sie finanzielle Ausgleichszahlungen für eingesparten Rohstoffverbrauch an Re-Use-Betriebe unterstützen, um die Position von Re-Use und Reparatur in einem unfairen Wettbewerb mit auf Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basierenden „Wegwerf-Produkten“ zu stärken?

ÖVP

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

SPÖ

Die Einsparung von Rohstoffen durch Re-Use und Reparatur gehört mit Sicherheit weiter gestärkt. Finanzielle Ausgleichszahlungen, die sich nach dem jeweils eingesparten Rohstoffverbrauch richten, erscheinen dafür aber eher aufwendig.

FPÖ

[keine Antwort]

NEOS

Sinnvoller als eine komplex zu administrierende und marktverzerrende Ausgleichszahlung wäre aus unserer Sicht eine Begünstigung von Reparaturleistungen und Urban-Mining, die Förderung von Innovationen sowie eine aufkommensneutrale CO₂-Steuer bei gleichzeitiger radikaler Entlastung des Faktors Arbeit. Diese würde zusätzliche Impulse für eine lokalisierte Kreislaufwirtschaft setzen.

JETZT

[keine Antwort]

KPÖ

Ja. Neben dem Kampf gegen geplante Obsoleszenz kann der unfaire Wettbewerb auch mit weiteren gesetzlichen Maßnahmen wie verlängerter Gewährleistungspflicht abgemildert werden. Wir treten für einen radikalen Systemwechsel weg von grenzenlosen Profiten und Wachstum und für eine andere, eine öko-sozialistische Gesellschaft ein.

GRÜNE

[Fragen 1-4 gesammelt beantwortet. s.o.]

WANDL

Der Wandel steht für fairen Wettbewerb innerhalb eines Wirtschaftssystems, das das Allgemeinwohl und unsere Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Kostenwahrheit -- durch Belastung von Unternehmen und Produktionsprozessen, die Ressourcen verbrauchen und die Umwelt belasten, und gleichzeitige Entlastung bzw. Subvention wirtschaftlicher Aktivitäten, die Ressourcen und die Umwelt schonen -- ist eines der wichtigsten Prinzipien eines solchen Systems. Der Wandel spricht sich daher klar für Subventionen für Unternehmen aus, die die Wiederverwendung, Instandhaltung und Reparatur von Produktionstechnologien betreiben, bzw. Konsumprodukte für den weiteren Gebrauch erhalten.

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT ROHSTOFFE ist ein Bündnis österreichischer NGOs mit dem Ziel, negative Auswirkungen des Abbaus mineralischer Rohstoffe etwa für IT- und Hochtechnologie-Produkte durch deren Herstellung, Nutzung und Entsorgung zu verringern sowie gleichzeitig positive Ansätze eines nachhaltigeren Umgangs mit diesen Materialien politisch und gesellschaftlich voranzutreiben. Konkret heißt dies, nationale, europäische und internationale Rohstoffpolitik mitzugestalten und zu einem bewussteren gesellschaftlichen Umgang mit mineralischen Rohstoffen beizutragen. Die AG Rohstoffe wird von Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, GLOBAL 2000, dem Jane Goodall Institut – Austria, Finance & Trade Watch, Südwind, dem Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe), weltumspannend arbeiten und RepaNet, dem österreichischen Re-Use- und Reparaturnetzwerk gebildet. Wissenschaftlich begleitet wird das Bündnis durch die Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE).